

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Druckort: Breslau, Nr. 10, Postfach 200. Preis: 50 Pf. pro Monat. Einzelnummer 50 Pf. Verleger: Die Redaktion, Breslau, Nr. 10, Postfach 200. Telefon: 2111.

Freitag, 10. Februar 1922

Abonnement: Vierteljährlich 1,50 M., halbjährlich 3,00 M., jährlich 6,00 M. (Postgebühren eingeschlossen). Einzelnummer 50 Pf. Bestellen bei: Die Redaktion, Breslau, Nr. 10, Postfach 200.

Der Streik abgebrochen — Der Konflikt bleibt!

P. M. Die Bedingung, unter der der Streik der Eisenbahner abgebrochen wurde, ist enthalten in der Erklärung, die die zwei Vertreter der Reichsgewerkschaft bei den Verhandlungen mit der Regierung am 7. d. Mts. gegen 9 Uhr abends abgaben. Sie lautet nämlich vom B. Z. B. folgendermaßen:

„Die Reichsgewerkschaft gibt die Versicherung ab, daß sie noch heute abend den Streik der Reichsgewerkschaft für beendet erklärt und nachdem der Reichsminister seinerseits im Namen der Reichsregierung ausgedrückt hat, daß bei sofortigem Abbruch des Streiks die Disziplinierung nach dem vom Gesamtabwärt aufstellenden Richtlinien erfolgen wird. Die Reichsregierung wird bei sofortigem Abbruch des Streiks in der Anwendung und Durchführung der Disziplinarmassnahmen von Massen-Disziplinungsverfahren und Massenentlassungen absehen. Der in Frage stehenden Beamten wird ihre Beschwerde recht selbstverständlich vollständig gewährt werden.“

Es muß den Beamten mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß, wenn tatsächlich diese Erklärung, die Basis für den Streikabbruch geworden hat, der Streik als völlig verloren angesehen werden muß.

Weder in der Gehaltsfrage noch in Bezug auf das Arbeitszeitgesetz, noch auf das Eisenbahnfinanzgesetz ist die Regierung auf irgendwelche Verpflichtungen eingegangen. Dafür aber hat man sich ausdrücklich das Recht, nach Gutdünken Streikführer zu bestrafen, zugestanden. Wenn erklärt wird, von einer Massendisziplinierung sei keine Rede, so wirkt diese Versöhnungspille geradezu lächerlich. Denn welche Regierung könnte sich leisten, Massen von Lokomotivführern zu entlassen, ohne sofort auf dem Trocknen zu sitzen. Kein, es liegt ganz in ihrer Linie, vor allem die „Heizer“ zu packen und auf's Straßenpflaster zu werfen. Und hier fragt es sich, ob die Beamten wirklich gewillt sind, ihre führenden Kollegen im Stich zu lassen. Hier fragt es sich auch, ob die Eisenbahnbeamten, wollen sie Solidarität üben mit ihren Kollegen, die in schwerer Zeit für sie eingetreten sind, nicht doch wieder kämpfen müssen um das primitivste Recht: das Koalitions- und Streikrecht.

Mit keinem Wort ist bisher erwähnt worden, daß die infame Ebertsche Verordnung gegen die Beamten aufgehoben worden ist. Von „Recht wegen“ kann heute jeder reaktionäre Richter Eisenbahnbeamte für Aufforderung zum Streik mit 50000 Mark Geldstrafe oder Gefängnis bestrafen.

Es ist bis heute noch nicht entschieden, ob die verhafteten Führer freigelassen werden, und ebenfalls nicht entschieden, ob die „beschlagnahmen“ Streikgelder zurückgezahlt worden sind.

Kurzum, wir hegen berechtigte Befürchtungen, daß die Eisenbahner sich mit gebundenen Händen der ihnen feindlich gesinnten kapitalistischen Regierung ausgeliefert haben. Sie sind auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert jenen reaktionären höherem Eisenbahnbeamtenapparat von Regierungskadetten, die sich an die „Buchstaben des Gesetzes“ halten werden bei ihrer jetzt ohne Zweifel einsetzenden Kuchepolitik gegen die Untergebenen.

Dabei haben wir ebenfalls mit aller Klarheit zu sagen: Eine Kapitulation auf dieser völlig negativen Basis war durchaus nicht berechtigt und durchaus nicht durch die Verhältnisse erzwungen.

Wenn man sich nämlich die Streiklage gerade zur Zeit der entscheidenden Kapitulationsverhandlung am 7. abends ansieht, dann müßte man ohne weiteres den vollen Erfolg des Streikes bestreiten. Es war gerade die Zeit, wo selbst bürgerliche Kreise zugeben mußten, daß nicht nur die Reichsgewerkschaft, sondern vielfach auch breite Mitbewerbermassen des DGB, freudig gegen den Willen der sabotierenden Instanzen, in ganz Deutschland im Abschlammf sind, so daß man mit 800000 Streikenden rechnete. Wichtig war die Lage in den Zentren politischen Lebens, z. B. Berlin, wo die Massen mit aller Energie zur vollständigen Unterstützung der Beamten drängten. Die Reichsbahner fanden, erst in Ostpreußen, im Sympathiekreis. Die städtischen Arbeiter Berlins haben heute ihren Streik noch nicht abgebrochen, eine Abstimmung hat eine überwiegende Mehrheit für Fortführung des Streiks ergeben. Die Berliner Be-

triebe beschlossen gerade in dem Augenblick, wo die Kapitulationsverhandlungen stattfanden, sich für den Generalstreik zu entscheiden unter folgenden Forderungen:

1. Zurückziehung der Streit- und Nicht-Verordnung.
2. Unbedingter Schutz des Koalitionsrechts.
3. Zurückziehung des Verhaftungsbeschlusses.
4. Verhandlungen mit den streikenden Eisenbahner über ihre materiellen Forderungen.
5. Befreiung der verhafteten Streikführer und Gewerkschaftsbeamten.
6. Freizügigkeit der Kohlen- und Eisenbergwerke zur Wiederherstellung der Rentabilität der Eisenbahnen.
7. Keine Masseregeln.

Wohr und wir kamen überall die Massen in Bewegung. Und die Ausschüsse, der kapitalistischen Regierung mit einer eisernen, unüberwindlichen Front aufzutreten aller Hand- und Kopfarbeiter, waren wahrhaftig die besten.

Und gerade hier kam die Kapitulation! Man muß klar erkennen, warum das so kommen konnte.

Die Reichsgewerkschaft wurde von Anfang an von zwei Flanken angegriffen. Nicht nur wurde gegen sie der ganze Machtapparat des kapitalistischen Staates aufgebracht, sondern ihre Bewegung wurde von vornherein von der mit der Regierung vielfach verflochtenen gesamten Gewerkschaftsbürokratie des DGB, und der Ufa indirekt oder auch direkt sabotiert, zum mindesten aber durch ein übermoralisches Wesen im energischen Kampf behindert. Selbstverständlich geschah alles das gegen den Willen der Massen. Wie ja der ganze Streik wieder einmal nur dazu diente, um zu beweisen, daß der einzige Herrscher in dieser Massenbewegung immer wieder und wieder eine reformistische Gewerkschaftsbürokratie ist.

Und auch das muß zum Nutzen einer um so entschiedeneren Bewegung in der Zukunft gesagt werden:

Die Führer der Reichsgewerkschaft haben den Streik nicht bis zur letzten Konsequenz ausgetragen. Das soll kein moralisches Manöche sein, auch kein direkter Vorwurf. Vielmehr soll damit gesagt sein, daß die Beamten dank ihrer ganzen bisherigen politisch „neutralen“ Einstellung in der Reichsgewerkschaft von vornherein einen Verstoß an sich hatten bei dem Vorstoß bis zur letzten politischen Konsequenz.

O wohl man doch die Reichsgewerkschaft von vornherein mit den gewalttätigsten politischen Mitteln bekämpft hat (Wert-Erlaß, Schump, technische Rottfelle, Geld- und Gefängnisstrafe, Beschlagnahme von Streikgeldern und Telegrammen, Verhaftung von Führern usw.) glaubten die Ewerksführer, den Ewerkskampf durch eine rein wirtschaftliche Aktion durchzuführen zu können. Freilich haben sie sich ganz zuletzt, gezwungen durch den ganz zwangsläufigen Gang der Entwicklung, dennoch auch politische Forderungen zu stellen (Aufhebung der Ebert-Verordnung, Rücktritt Schwere usw.). Mitten in dieser Entwicklung des Kampfes gegen einen totalen kapitalistischen Staat brach man, eben die Konsequenz scheinend, ab. Die Eisenbahnbeamten müssen aber wissen, daß man angesichts des keineswegs gesicherten Koalitionsrechts, der vorausgesetzlichen Masseregeln, der Aufhebung des Nichtabendgesetzes, der Stimmenerhebung, der anschließenden Steuerkompromisse drohenden Steuerstrafe, der kommenden Lenkung in jedem Fall, wollen die Beamten wirklich ihre Existenz sichern, nur von einer Vertagung des Kampfes sprechen kann. Die Quelle, der immer wieder zum Kampf dringende Verhältnisse entspringen müssen, ist das System, alle Lasten des Krieges, der Reparationen, der Wirtschaftskrisis auf die Schultern der Beamten, Angeestellten und Arbeiter zu legen. Solange diese Quelle der Verelendung für die gesamte wertfähige Bevölkerung nicht verstopft wird, so lange kann es, darf es und wird es auch keine Ruhe geben.

Bei dem nächsten Ansturm gegen das kapitalistische System zur Abwälzung der unentgeltlichen Lasten werden die Beamten, durch die Eisenbahnerbewegung befreit, schon einen viel mehr klassenbewußten Teil der gesamten Arbeiterklasse bilden.

Und die proletarische Einheitsfront in diesem Sinne wird auch die Beamten zum Siege führen.

Widerstand gegen den Streikabbruch.

Wie zu erwarten war, legt bereits der Widerstand der Ufa, ohne alle Chancen sich abzuwehren wieder den Dienst aussetzen, ein. Nach einer Verhaftung haben Berliner Lokomotivführer beschlossen, vorläufig noch nicht der Aufforderung, den Dienst aufzunehmen, nachzukommen.

Die Forderungen beginnen bereits.

Von offizieller Seite wird, freilich um einen Teil in die Reichsgewerkschaft hineinzuziehen, bereits folgende Forderung herbeigeholt:

In der Reichsgewerkschaft bürgerlicher Eisenbahner werden vermutlich binnen kurzer Zeit nicht unwesentliche Veränderungen eintreten. Einer der jetzigen Führer, der Lokomotivführer Schmitt, ist bereits aus dem Dienst entlassen, kann also als Beamtenvertreter nicht mehr fungieren. Gegen andere Mitglieder des bisherigen Aktionsausschusses schweben Disziplinerverfahren, bis zu deren Beendigung ein Versteher in Frage kommende Beamten mit dem Reichsverkehrsministerium oder anderen Behörden unzulässig ist.

Die bürgerliche Presse sucht es so darzustellen, als ob aus der Mitte der Beamten selbst ein Angriff gegen die „radikalen“ Führer erfolgt sei. In Wirklichkeit will man aber dem kapitalistischen Staat bei seiner jetzt einsetzenden Kuchepolitik die Wege ebnen.

Die städtischen Arbeiter Berlins streiken weiter.

Die Abstimmung in den städtischen Betrieben hat eine überwiegende Mehrheit für die Fortführung des Streiks ergeben. Lediglich beginnt der Magistral, Streikbrecher einzustellen und die Streikenden strafflos zu entlassen. Er greift sofort zu dem infamen Mittel, einisch Arbeitslose zu Streikbrecherarbeiten zu kommandieren. Im Falle der Weigerung wird diesen Arbeitslosen jegliche Unterstützung entzogen.

Das ist der Berliner Magistral, der im Bereich „sozialistischer“ Tendenzen steht!

Die Lage in Frankreich.

Von H. Kasper (Paris).

Mit dem neuen Jahr hat in Frankreich eine neue Phase in der Arbeiterbewegung begonnen. Jouhaux und seine Clique haben es unter dem Wohlwollen der Bourgeoisie endlich erreicht, die geinigte Arbeiterklasse zu zerbrechen. Die Leiter der CGT, haben lange gezögert, dieses Verbrechen zu begehen; sie haben niemals fest und offen die Frage der Spaltung auf einem Kongress gestellt. Selbst in Lille, im Juli des vergangenen Jahres, haben sie es nicht gewagt, von Aufschlüssen zu sprechen. Im Gegenteil: die Aufschlüsse, die schon von einigen Föderationen ausgesprochen waren, wurden annulliert und die Aufschlüsse wurden auf dem Kongress mit ihren vollen Rechten wieder aufgenommen. Aber was sie nicht auf dem Kongress tun konnten, haben sie innerhalb des Komitees getan. Nach der ersten Sitzung des nationalen Bundeskomitees, die nach dem Kongress einberufen wurde, haben sie den Weg der Spaltung beschritten. Das Komitee, das einzig und allein von Gewerkschaftsfunktionären besetzt war, ist diesem Weg nun schwer gefolgt. Bei der Abstimmung wurde die Majorität nur durch eine Stimme erzielt. Trotz dieser schwachen Unterstützung sind die Leiter der CGT in ihrem Vorhaben fortgefahren.

Schon um einen Mißerfolg zu vermeiden, haben sie mit einem Gewaltstreik willkürlich das Datum für die Einberufung des Kongresses auf zwei Monate früher bestimmt, und es ist ganz sicher, daß nach dem regelmäßigen und freien Fortschreiten der Minoritäten der Kongress des Jahres 1922 das Gesicht der Gewerkschaftsbürokratie bedeuten würde. Die nationalen Verbände verließen sie einer nach dem anderen. Nur noch einige Monate, und es würde für sie der Zusammenbruch bedeutet haben. Diese wilden Demokraten, diese Feinde der Diktatur des Proletariats, wollten sich dem mit allen Mitteln widersetzen. Sie wollten ihm gegenüberstellen ihre Diktatur der Gewerkschaftsbürokratie, unter Unterstützung des General-Kösterbundes und der Nationalen. Sie waren entschlossen, sich nicht der gewerkschaftlichen Mehrheit unterzuordnen, die ihren Willen auf einem Kongress ansprechen sollte. In dem Tage, als sie sahen, daß die Majorität gegen sie war, haben sie sich entschlossen, aber die Organisationen zu zerbrechen, als von ihrem Platz zu weichen und zurückzutreten in die Werkstatt oder in die Fabrik, die sie

schon seit zu langer Zeit verlassen hatten. Verjagt von der Leistung des CGT, würden sie nichts mehr bedeuten; es würde das Ende der direkten Mitarbeit mit der Bourgeoisie sein, das Ende der Teilnahme an der Arbeit des Büros des Arbeiterbundes für Albert Thomas, und im Völkerbund. Das wollten sie natürlich nicht, und wenn sie wirklich dem hätten zustimmen wollen, würden ihre Herren, die Bourgeoisie und Albert Thomas, es ihnen nicht erlaubt haben. Wenn Frankreich Amsterdam und Genf verlassen würde, würde das ein wichtiges Ergebnis mit großen Konsequenzen bedeuten.

Um dies zu vermeiden, hatten sie nur eine Möglichkeit: die brutale Spaltung einer jeden Gewerkschaft, und dieses haben sie getan. Heute sehen wir, daß in Frankreich zwei CGT existieren; die CGT Unitaire und die CGT von Jouhaux, Timmen, Albert Thomas und der Bourgeoisie. Frankreich hat niemals, wie andere Länder, Gewerkschaftsorganisationen — mit einem Mitgliederbestand gehabt, der nach Millionen zählte, dagegen aber war dort die Gewerkschaftsaktivität verwickelt. Die katholischen und gelben Gewerkschaften haben trotz wiederholter Versuche niemals teilzunehmen können an der Entwicklung, und aus diesen Ursachen heraus war die CGT imstande, vor dem Kriege trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche die ganze Arbeitermasse zu organisieren. Diese für die Aktion so günstige Lage ist verloren.

Aber die Arbeitermasse, die wohl die Gefahr spürt, wird wissen, wer daran schuldig ist. Die revolutionäre Minderheit hat die größten Anstrengungen gemacht, um die Spaltung zu vermeiden. Für den 22., 23. und 24. Dezember 1921 hatte sie in Paris einen Kongreß einberufen, der eine große Manifestation für die geeinte Gewerkschaftsbewegung bedeuten sollte. Zu diesem Zwecke hatte sie einen Appell nicht nur an die Gewerkschaften der Minderheit gerichtet, sondern an alle Gewerkschaften, ohne Unterschied der Richtung. Ihr Ziel wurde voll und ganz erreicht. 1528 Syndikate, die Mehrheit der Bundesyndikate, antworteten auf den Appell, und unter ihnen waren mehr als hundert der Mehrheits-Syndikate. Es wurde von neuem versucht, auf die CGT Jouhaux's einzuwirken. Jouhaux selbst hatte Paris verlassen und einen Vertreter beauftragt, in gleicher Weise zu antworten, wie die frühere Antwort der Amsterdamer Internationale auf das Radio-Lozowsky. Die Revolutionäre könnten also der versammelten Masse zeigen, wer die eigentlichen Schuldigen an der Spaltung sind. Jouhaux und seine Freunde fühlen schon, daß ihr Schritt zu trag war; denn nicht nur die Revolutionäre haben sich der CGT Unitaire angeschlossen, sondern ein Teil der Reformisten, die gegen die Spaltung sind, haben beschlossen, daß ihre Organisationen autonom bleiben; sie werden nicht zur CGT Unitaire übergehen, aber sie werden die CGT von Jouhaux verlassen. Das war ein harter Schlag für die Freunde Albert Thomas, für die wohlbezahlten Agenten der Bourgeoisie. Ohne Zweifel rechnet Jouhaux auf die Hilfe der Regierung. Er ist sicher, daß der völkerrichtige Staat eine intensive Verfolgung der revolutionären Gewerkschaften vornehmen wird, indem er ihrer Führer emperrt, um die Arbeitermasse zu erschrecken und sie zu überzeugen, daß es in den Gewerkschaften von Jouhaux viel besser ist. Auch die Unternehmer werden die Gelegenheiten denken, um die radikalen Elemente auszuparieren. Die CGT Unitaire, die heute in Frankreich die wirkliche CGT ist, muß alle Augenblicke den Tag sehen, um diese Manöver zu durchschauen, um alle Hindernisse und Fallen zu vermeiden, die ihr gelegt sind. Wenn sie alle Kräfte der Arbeiterschaft, die sich um sie gruppieren, erfaßt, und mit der Unterstützung, die sie finden kann von Seiten der autonomen Organisationen — die nicht in ihrer Gesamtheit revolutionär, aber unbedingt für die Einheit sind — kann sie hoffen, in den Augen des französischen Proletariats das wichtige Zentrum der Arbeiterschaft zu sein. Und es ist nicht verweigen, zu denken, daß sie imstande sein wird, in nicht allzuferner Zukunft die Wiederherstellung der geeinigten Gewerkschaftsbewegung zu vollziehen, über den Kopf der Jouhaux und Konsorten, die dann endgültig aus der Reihe der Arbeiterschaft Frankreichs verjagt sein werden.

Politische Uebersicht.

Zusammentritt des Reichstags.

Nun endlich, nachdem der Eisenbahnstreit abgewirrt ist, fähren sich die Herren Volksvertreter, die jeden Antritt der Kommunisten auf sofortigen Zusammentritt des Reichstags bisher abgelehnt haben, bereit, wieder in der Reichstagssitzung zusammen zu treten.

Eine Ausrückung begann am 9. Februar, nachmittags 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht eine Erklärung der Regierung über den abgebrochenen Eisenbahnstreit.

Die Herren werden sofort den Sieg des Eisenbahnstreits über die Beamten beklagen. Kommunisten sind unabhängig werden als Feind beschimpft werden, weil sie es gewagt haben, den Beamten in ihrem eigenen Kampf beizustehen.

31 Millionen Goldmark bezahlt.

Die deutsche Regierung hat am 7. d. Mts. zum dritten Mal eine Zahlung von 31 Millionen Goldmark an die Reparationskommission der Entente geleistet.

Wer wird diese Millionen wieder aufzubringen haben? Das letzte Steuererlösbudget zwischen Steuer und Schenkung zeigt deutlich genug den Weg an, auf dem diese Summen herangezogen werden sollen: Die wertvolle Bevölkerung muß sterben, muß sich das immer gewöhnlicheren Ansehen der Steuerfiskus gefallen lassen. Wären die Leuten sich der Steuerlast im Jänner. Die Sozialdemokraten haben sie in durch das Falschspielen der Forderung der Ersetzung der Steuer durch die Abschaffung der Reparationslasten geklärt.

Wieder Panzerstreit politischer Gefangener.

Nach einer Erklärung auf dem „Jugendkongreß der Arbeiter“, für die politische Gefangenen Unterstützung, sowie die kommunistischen Forderungen in

Marburg in Hungerstreik getreten und verweigern jegliche Nahrungsaufnahme. Während den monarchistischen Hochverrätern kein Haar gekrümmt wird, schmachten die revolutionären Märtyrer immer noch hinter Zuchthausmauern.

Die Arbeiterschaft muß die völlige Amnestie der politischen Gefangenen fordern, damit sie nicht immer wieder zu neuen Verzweiflungstaten getrieben werden. Die Verletzung des sozialdemokratischen Justizministers Ribbrop, daß Verhandlungen durchgeführt werden, genügt nicht, die gesamte Arbeiterschaft muß fordern: Freilassung und Amnestie für alle politischen Gefangenen.

Der preussische Justizminister hat verfügt, daß eine befristete Aussetzung der Strafvollstreckung nachträglich wieder rückgängig gemacht werden kann, wenn Gründe dafür vorhanden sind. Das ist die berühmte „Vergnügungsaktion“ von der die SPD ein so großes Geschrei anstimmte. Die reaktionären Richter werden bei revolutionären Arbeitern, deren Feinde sie sind, immer solche „Gründe“ finden.

Wieder eine kommunistische Zeitung beschlagnahmt.

Die ober-schlesische „Rote Fahne“ ist von der Interalliierten Kommission auf 4 Tage verboten worden, wegen eines Artikels über die Gleiwitzer Schießerei. In dem Artikel wurden neben den Draufschändlern auch den französischen Offizieren in OS. eine Wahrheit gesagt.

Die russische Delegation für Genua.

Schischerin in der Erektive der R. F. A. Russlands. Auf der außerordentlichen Session der russischen Exekutive berichtete Schischerin über die Umstände der Einberufung der allgemeinen europäischen Konferenz. Schischerin bemerkte, welche wichtige Rolle England, und besonders Lloyd George, in dieser Angelegenheit spielen. Die Außenpolitik Englands bezeichnet Schischerin als „Verrücktheit“, welche zur Zusammenarbeit mit dem einmal gegebenen historischen Kräften zu suchen, von der Ansicht ausgehend, daß dies das beste Mittel ist, um die Interessen Englands vor der Einwirkung dieser Kräfte zu bewahren. Während der letzten vier Jahre hatten wir öfter Gelegenheit, uns davon zu überzeugen, daß die Politik Lloyd Georges nicht unbedingt unüberwindlich Sowjetrußland gegenüber ist. Die aus unbefangener Kenntnis der Tatsachen zusammenhängende Politik Lloyd Georges Rußland gegenüber fand aber hauptsächlich in den militärischen und konsultativen Kreisen Englands Widerstand, was die Ursache seiner Politik ist. Schischerin erinnerte daran, daß Lloyd George schon vor drei Jahren die Einberufung einer europäischen Konferenz forderte und nach der Niederlage Versailles in einer ähnlichen Rede die Notwendigkeit der Vereinbarung mit Sowjetrußland aus sprach. Seine Politik wurde aber damals durch Churchill und Clemenceau verhindert. Lloyd George änderte aber seine Politik und gegenüber nicht, bis nach langen Verhandlungen im März 1921 der englisch-russische Handelsvertrag unterzeichnet wurde. Seit damals erklärten wir bei jeder Gelegenheit, daß wir den Abschluß des Handelsvertrages nur als einen vorbereitenden Akt zum Abschluß des endgültigen Friedens betrachteten. Auch als bei uns der Hunger ausbrach, gestellte sich Lloyd George nicht zu jenen, die die Not Rußlands für ihre Politik ausnützen wollten. Er war der Ansicht, daß ein militärischer Überfall auf uns gefährlich und daß der Handel das beste Mittel ist, die Gegner unabhängig zu machen. In der Lösung „Frieden und Handel“ begannen wir uns vollständig mit Lloyd George. Angeachtet aller prinzipiellen Schwierigkeiten unserer Verhandlungen wollten wir die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten verstehen wir verstanden; denn hier geht es um einen Kampf. Um der wirtschaftlichen Zusammenarbeit willen waren wir bereit, alle Hindernisse wegzuräumen, im Oktober 1921 erklärten wir unsere prinzipielle Bereitwilligkeit, die Vorbereitung einer Konferenz zur Prüfung aller Ansprüche und der Einleitung der militärischen Interventionen. Die Verhandlungen nahen sich der Lösung an, die andere Lage in der Weltpolitik herbeiführt haben. Und endlich: Die wirtschaftliche Bedeutung Rußlands, zugleich die militärische Stärke Rußlands, drängen die politische Einwirkung Rußlands im Vorn. Der Einfluß des Obersten Rates, eine allgemeine Konferenz einberufen, ist ein großer Sieg der Politik Lloyd Georges. Die Konferenz hat auf friedlicherem Wege bringen möchte. Sie erklären, daß wir die wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht zurückweisen, wir wollen sie, doch wir werden dagegen kämpfen, daß diese wirtschaftliche Zusammenarbeit in eine wirtschaftliche Beherrschung Rußlands ausartet. Frankreich war der Initiator der bevorstehenden Überfälle auf Sowjetrußland. Die französische Politik hand in die Hand mit England. Die Verantwortung französischer Truppen und die Niederwerfung der Monarchie in Rußland würde aber auch eine Monarchie in Deutschland bedeuten. Im Herbst hat Frankreich die Gefahr der Niederwerfung des deutschen Imperialismus durch ein Aufkommen in der französischen Politik bemerkt. Er hat erkannt, daß Frankreich aus dem Spiel der Weltpolitik nicht ausgeschlossen werden will. Die Komintern hat in der französischen Politik bemerkt, was wir nicht vorläufig noch nicht klar. Jetzt ist die Lage derart, daß wir vor der nahen Entscheidung zwischen Friedens- und Kriegslösungen stehen. Doch gleichzeitig muß eine neue Gefahr eintreten: die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Rußland darf nicht in eine Verflüchtigung Rußlands ausarten. Unsere Politik muß darauf gerichtet sein, jede Möglichkeit einer Verletzung der Unabhängigkeit Sowjetrußlands zu verhindern. Weiter bemerkt Schischerin, daß unsere Wirtschaftskontakte besonders mit den industriellen zusammenhängen, die unser Brot und unsere Bergbauprodukte brauchen. Sehr wichtig ist die Politik Amerikas. Alle Kräfte liegen darauf, daß Amerika eher als alle anderen normale Beziehungen mit Sowjetrußland herstellen würde. Doch trotz großer Unterhaltungen unserer Hungernden unterbricht Amerika den Handel jeder Sicherheitsfrage der offiziellen Beziehungen. Schischerin schließt: Auf der Konferenz wird der Wunsch des allgemeinen Friedens bekräftigt werden, Erhaltung der Bedingungen für den Dauerhaftigkeit und dauerhaften Frieden. Der heutige Tag der Wahl der R.E.S.S. Delegation wird ein Denkmal in der russischen Geschichte sein.

Kurze Auslandsübersicht.

Der Aufbruch der Eisenbahner hat unser aller Aufmerksamkeit so in Anspruch genommen, daß dabei die Auslandsübersicht auch in unserer Breite etwas zu kurz kam. Es sei daran an dieser Uebersicht über die Geschehnisse im Ausland gedacht. Die Washingtoner „Abklärung“-Konferenz ist mit einer halbmonatlichen Pause des Präsidenten Harding und mit einem Scheitern abgeschlossen worden. Die Verhandlung und Schlichtung der Konferenz werden von nun an in einem besonderen Artikel behandelt werden.

In einem Nachbarland Deutschlands, der Tschechoslowakei, wird augenblicklich ebenfalls ein Reformkampf entfesselt. Die tschechoslowakischen Bergarbeiter, mit

als 145 000 Mann, wehren sich gegen Lohnabbau und einschneidende Minderungen in der Arbeitszeit. Wie bei dem englischen Bergarbeiterstreik handelt es sich bei diesem Kampf um einen Kampf, der für die Interessen des gesamten tschechoslowakischen Proletariats ausgefochten wird. Gelingt es den tschechoslowakischen Bergherren, den Arbeitern den Lohnabbau aufzuzwingen, dann wird eine Verlesung des tschechoslowakischen Gesamtproletariats — genau wie in England — die Folge sein. Schon haben andere Industrien einen bedeutenden Lohnabbau angekündigt. Es scheint, daß das tschechoslowakische Proletariat das begriffen hat und danach handelt.

In den Papkolonien ist ein revolutionärer Streit der Arbeitssklaven in den Goldbergwerken ausgebrochen. Es kommen recht alarmierende Berichte aus Johannesburg. Danach wächst sich der Streit von Stunde zu Stunde mehr aus zu einer Umsturzbewegung.

In Italien kriselt es ebenfalls. Die Minister, die auch weiterhin wirken sollen in der Richtung der Ueberbrückung der Klassengegenstände, sind immer noch nicht gefunden. Doch ist bereits der bisherige Kammerpräsident De Nicola mit der Bildung eines neuen Kabinetts betraut. De Nicola gilt als Vertrauensmann Giolettis.

In Portugal liegen in einem Wahlkampf die demokratischen Republikaner. Ein neues Kabinett auf bürgerlich-demokratischer Basis ist demzufolge gebildet worden.

Für die Reparationsfrage ist ein offizieller Aufsatz des „Temps“ wichtig, der zu dem Gesekentwurf über die Zahlung der alliierten Schulden an Amerika, der vom amerikanischen Kongreß angenommen worden ist, Stellung nimmt. In diesem Aufsatz wird ausgeführt, daß Frankreich für den Fall, daß es seine Schulden an Amerika zahlen muß, genau auf dem Buchstaben des Versailler Vertrags bestehen wird und — wenn es notwendig ist — auch zur militärischen Besetzung weiteren deutschen Gebietes — wobei vor allem an das Ruhrrevier gedacht ist — schreiten werde. Diese französische Drohung muß allen denen, die an eine Milderung der Reparationslasten durch die Konferenz von Genua glauben, die letzte Hoffnung rauben. Die Verhandlungen über diese Konferenz werden fortgeführt. Von großem Interesse ist es, daß angesichts der Konferenz die französische Regierung mit einem Vertreter Sowjetrußlands, Spatier, Verhandlungen aufgenommen hat.

Was die Politik des neugewählten Papstes anbelangt, so ist bezeichnend, was sich das „Berliner Tageblatt“ von seinem Korrespondenten melden läßt:

Ein v. litanischer Prälat sagte mir, es empfehle sich, die für Deutschland unfreundlichen Interviews des bisherigen Kardinals Natti nicht auf die Goldwaage zu legen. Es handle sich wesentlich um Ueberreibungen seitens der Interviewer. Uebrigens pflege jeder Papst eine andere Haltung einzunehmen, denn die er als Kardinal beobachtete. Schon der Name Pius XI. gebe dem Pontifikat das Gepräge, ebenso die Erteilung des Segens vom äußeren Balkon des Vatikans. Pius XI. innere Politik und Kirchenpolitik werde dem Geiste Pius X. folgen. Die Erteilung des Segens an das italienische Volk auf dem Petersplatz aber weise eine Aera freier Beziehungen zu sämtlichen Völkern ein. Kurzum, Pius XI. werde eine Verschmelzung Pius X. und Benedikt XV. sein. Der neue Papst hat den Kardinal Gaipari als Staatssekretär bestätigt.

Schlesische Rundschau.

Nach der Schlacht.

Der Eisenbahnbeamtenstreik ist beendet. Solange der Streik dauerte, war die bürgerliche Presse emsig bemüht, die Streikbrecher über den grünen Klee zu loben. Die Lokomotiven und Bahnanlagen waren noch niemals in so guten Händen, als in denen der Streikbrecher. Jetzt — nachdem der Streik beendet ist, bequemt sich auch die bürgerliche Brechtanille wieder zur Wahrheit. In allen bürgerlichen Blättern liest man von mehreren Unglücksfällen auf der Bahn während der Streiktage.

Auch in Schlesien sind allerhand Lokomotiven zum Laufen gefahren worden, wie wir bereits meldeten. Folgende Mitteilung entnehmen wir der „Breslauer Zeitung“:

Auf der Bahnlinie zwischen Rimpfisch und Gndentz wurde der von Rimpfisch kommende Zug unweit Rimpfisch angehalten und das Fahrgestell forderte die Fahrgäste an, sich schnellstens in Sicherheit zu bringen, da eine Kesselexplosion der Lokomotive drohe. Als die aus den Abteilen fliehenden Reisenden Deckung gesucht hatten, erfolgte auf der Lokomotive eine heftige Detonation, welche die Maschine außer Betrieb setzte. Es wurde niemand verletzt. Der Zug blieb auf freier Strecke liegen. Die Fahrgäste mußten zu Fuß nach der nächsten Station gehen. Wie viel viel, soll die Explosion dadurch entstanden sein, daß im Kessel kein Wasser war.

So fort die technische Kommission für alatte Abwicklung der Verkehr. Und die Regierung zahlt horrenden Summen für diese Streikbrecherorganisation.

Die Aburteilung der Kriegsverbrecher.

Ein Arbeiter schreibt uns: Der Deutsche Bund für Recht und Gerechtigkeit veranstaltete am Sonntag in Breslau im Ritz'schen Saal eine Kundgebung, welche sich gegen die Verurteilung Deutschlands in der Welt und gegen die Auslieferung der deutschen Kriegsverbrecher richtete. Im allgemeinen lauten die Reden als Mahner an die Mitglieder des Bundes, Vertreter aller Rechtsparteien erschienen. Der Redner der SPD war, wie der Versammlungsleiter bekannt gab, durch den Streik der Eisenbahner am Erscheinen verhindert. Also hat es die SPD dem Eisenbahnerstreik zu verdanken, daß sie sich diesmal nicht vor der Breslauer Arbeiterschaft blamierten konnte. Alle Redner brachen sich sehr entzweit über die aufs neue erfolgte Forderung der Auslieferung der Kriegsverbrecher, hinter welcher hauptsächlich in Frankreich der alte Kriegsherr Poincaré steht, und. Nachdem Deutschland durch den Versailler Vertrag militärisch und wirtschaftlich miniert sei, solle es auch moralisch zugrunde gerichtet werden. Würde das Verlangen unserer Gegner erfüllt, so müßte sich Deutschland vor allen Völkern verächtlich machen, würde dann mit uns in Handelsbeziehungen treten usw. Der Redner der D.D.F. konnte es sich nicht verkneifen, ebenfalls

halten bereits die höchsten Hausbesitzervereinigungen Kautzge gestellt die Friedensmieten auf 170 Prozent zu steigern. Es war dabei interessant zu hören, daß Vertreter der verschiedensten Parteien von der Katholikendämme herab ihren Vätern verführten, daß eine Mieterhöhung von 50 Prozent die Mieter zu sehr belastet, und große wirtschaftliche Schäden, eventuell gar Kämpfe im Gefolge haben müßte. Diefelben Herren, die sich gegen die fünfzigprozentige Mietssteuer wehrten, haben aber bedenkenlos im Mieteraustausch dafür gestimmt, die Friedensmieten um rund 100 Prozent zu erhöhen, um die angeblich weit darüber hinaus gestiegenen Ausgaben des Hausbesitzers auszugleichen. Zunächst sei das Folgende bemerkt:

Die Gegner der Mietssteuer sind durchweg auch Gegner der Wohnungswirtschaft und erstreben, daß auch auf dem Wohnungsmarkt alle Fesseln fallen, um die Mieter der Selbstentwertung anzupassen, um um 2000 und mehr Prozent zu steigen. Würde man dem Träumen dieser Leute nachgeben, so würden in kurzer Zeit die Mietsmieten um das zehnfache steigen.

Der Mietertrag wurde im Jahre 1918 für das gesamte Deutsche Reich auf 6 Milliarden geschätzt. Würde man die Wohnungswirtschaft aufheben, und die Mietspreise der allgemeinen Preisentwicklung anpassen, dann würde im Jahre 1918 das deutsche Volk anstatt 6 Milliarden mindestens 120 Milliarden dem Hausbesitz zuführen, mehr als die gesamte Reparationsforderung der Entente und gegenüber dem Staat. Die einfache Gemepel bringt zur gemeinschaftlichen Bewirtschaftung der Wohnungen.

Die sich der Mieterhöhung widrigen, gemeinwirtschaftliche Bewirtschaftung" vorstellt, zeigt er in seinen weiteren Ausführungen, die aber mit einem „Schrei der Mieter“ nicht mehr zu tun haben, sondern die den Mietern zeigen, daß sie ihre Hoffnungen auf Sand gebaut haben, wenn sie überhaupt noch Hoffnungen hatten, denn der Mieterhöhungsschrei lautet:

Wir wollen uns auch heute nicht durchsetzen auf dem Standpunkt, jede Mieterhöhung abzulehnen, wir verlangen nur, daß die von dem Hausbesitz geforderte Mieterhöhung in ein Gesamtbedenken nicht aus dem heraus die notwendig werdenden Reparaturen auch tatsächlich gedeckt werden. Wir betrachten es für eine geringe Notwendigkeit, daß wohl die Miets auf 100 Prozent gehöhrt wird, daß aber von dieser Mieterhöhung mindestens 80 Prozent an eine zentrale Stelle abgeführt werden, aus der die Mittel für die notwendigen Reparationsarbeiten hervorgeht.

Diese zentrale Stelle... Prozent der Mieterhöhung... zusammengeführt werden von Hausbesitzern und Mietern, und die oberste Landesbehörde hat Ausführungsbestimmungen zu treffen, wie diese Gelder verwendet werden. Und dieses Gebilde, für das eine Verantwortlichkeit seiner reaktionären Eigenart bis heute noch nicht besteht, ist das Produkt eines Mieterhöhungsschreies und wird von diesem bezeichnet als Organ der freien Selbstverwaltung im gemeinwirtschaftlichen Sinne mit volkswirtschaftlichem Nutzen.

Der Art. 123 des Reichsvertrages des Mieterhöhungsschreies mag vielleicht die Abhilfe haben, erkräftigt gegen das Wohnungswesen anzukämpfen, aber was er mit seinem und demnach mit dem Vorzug des Mieterhöhungsschreies tut, ist ein starker Verrat der Mieterinteressen. Er nicht anzunehmen, daß dieser Vorschlag der Wohnungswirtschaft entgegensteht, daß nicht der Hauptzweck ist, „zufriedene Staatsbürger“ zu machen, wir glauben vielmehr, daß der Mieterhöhungsschrei sich mit dem Wohnungsproblem befaßt und daß er glaubt, eine Lösung gefunden zu haben.

Über die weitere Organisation sollten doch endlich mal sehen lernen, wenn sie durch die Straßen gehen, sie sollten endlich mal versuchen, sich eine Wachtposten zu schaffen und diese Wacht in die Baggage zu werfen, wenn sie das Gesehene mit Nachdruck verlangen abzugeben im Interesse der arbeitenden Klasse. Wir erinnern an die Schützengilde, Bars, Pilsen, Wirt in Wohnräumen, großen Wohnungen und preiswerten Hotels. Nicht als Doktor Gubart, sondern als praktische Schützengilde müssen sie dem tranken Wirtschaftstropfen zuliebe gehen und die am meisten blühende Wirtschaft: „Wohnungsnot“ zur Heilung bringen.

Wacht jedoch gewinnt man nicht durch Vorschläge, wie sie vom Mieterhöhungsschrei gemacht worden sind, sondern durch revolutionäre klare Ziele und Wege, die dem Proletariat gezeigt werden, die dieses verzieht und denen es folgen kann. Was hier vorgeschlagen wird, ist die Festigung der wachsenden Wachtposten der Hausbesitzer von einer Organisation, die die Mieter zu schützen vorgibt, es sind untaugliche Handlungen mit untauglichen Mitteln.

Wieder Kohlenpreiserhöhung. Nachdem der Magistrat erst am 31. vorigen Monats eine neue Höchstpreisverordnung für Kohlen und Briketts herausgegeben hat, werden jetzt die Preise schon wieder erhöht. Da die

Arbeiter und kleinen Beamten nur von der Hand in den Mund leben, können sie sich nicht mit Kohle eindenken, wie das Schieber- und Wucherpart und sind so die Leidtragenden.

Und dabei ist in allerhöchster Zeit mit einer noch größeren Preiserhöhung für Kohle zu rechnen, da die „Volkvertreter“ im Reichstag, einschließlich der Sozialdemokraten, der 40-prozentigen Kohlensteuer zustimmen. Wenn also dann für den Rentner Kohle, der nach der neuen Preiserhöhung 40 Mark kostet, 60 Mark zu zahlen sind, mögen sich die Arbeiter, die einen SPD-Abgeordneten in den Reichstag schicken, bei denselben bedanken.

Die Grubenbarone schwimmen im Ueberfluß und der Profet haßt in lauten Schreien, weil er die teuren Kohlen nicht kaufen kann. Lebt sich's nicht herrlich im „demokratischen“ Deutschland?

Der Miese.

Im dunklen Tiefen
Lugenspor
Sonnenscheinig
Kinn ein Miese.
Seine Schläfen tiefen
Ruhlosig
Durchs Trümmern,
Querdurchziehend,
Schicksalstropfen bricht er sich Weg.
Ehern die Stirn,
Ruseln von Stolz,
In seinen Adern treiben
Der Menschheit Sehnsucht und Dual.

Aus seinen Augen gaden
Unschöne Strahlen des Lichts,
Und ob sie mit goldenen Fäden
Ihn niederdrücken und schänden,
Der Miese ist sich nicht drum
Und wächst mit gewaltigen Knuten
Aus dem veracht'n Rechte. Karl Pöndel.

Beschäftigung Schwerbeschädigter.

Die Fürsorgestelle für Kriegbeschädigte der Stadt Breslau schreibt an: In Angelegenheit der vorstehenden Nummer wird eine Bekanntmachung, betreffend die Beschäftigung Schwerbeschädigter veröffentlicht. Auf ihren für die Arbeitgeber wichtigen Inhalt sei hier noch ausdrücklich hingewiesen. Trotz wiederholter öffentlicher Aufforderungen haben bisher noch viele private Arbeitgeber ihre gesetzlich vorgeschriebenen Pflicht zur Einstellung Schwerbeschädigter und zur Meldung der Zahl ihrer Arbeitnehmer noch nicht erfüllt. In verschiedenen Fällen sind gegen diese Säumnigen von dem Schlichtungsausschuss bereits sehr empfindliche Geldbußen, die bis zu 10000 Mark für jeden einzelnen Fall des Verstoßes betragen können, verhängt worden.

Die Fürsorgestelle fordert in der Bekanntmachung alle privaten Arbeitgeber mit 15 und mehr Arbeitnehmern letztmalig auf, für bis zum 28. Februar 1922 Auskunft über die Zahl der von ihnen Beschäftigten zu geben. Gegen Arbeitnehmer, die bis zu diesem Zeitpunkt ihrer gesetzlichen Verpflichtung genügen, werden von der Fürsorgestelle keine Geldbußen beantragt werden. Nach dem 1. März 1922 wird unmissverständlich mit der ganzen Schärfe des Gesetzes vorgegangen werden. Die Not unter den Schwerbeschädigten, die trotz aller zu ihrem Gunsten erlassenen Bestimmungen auch heute noch erwerbslos sind, weil sich Arbeitgeber ihrem harten gesetzlichen und sozialen Verpflichtungen bös-willig entziehen, zwingt dazu.

Führer durch das Ausflugsverwehensum. Von den Führern durch einzelne Abteilungen des Kampfgewerkschafts ist der durch die Abteilung „Mit Breslau“ in dieser Woche in deutscher veränderter Auflage neu erschienen. Die Veränderung bezieht sich nicht nur auf die durch die Neuerwerbungen der letzten Zeit bedingte Erweiterung des Textes, sondern vor allem auch auf die Beigabe von 12 Bildern, die den ältesten

Plan der Stadt von 1602, einen Prospekt von 1780, drei Miniaturen von J. B. Wagner aus dem 18. Jahrhundert und Deliaemalde und Aquarelle von König, Neumann, Zolt, Wölfl und Willemsen wiedersehen. In Vorbereitung finden sich ein früheres Durch die Jubiläumssche der Breslauer Werber von Karl Wäcker und einer durch die Sammlung der Bildminiaturen von Gevirk Ding. Auch diese werden mit Bildnisbeigaben versehen.

SPD. und Monarchismus. Die Sozialdemokraten sagen immer, wenn sie die Mehrheit haben im Parlament, werden sie den Sozialismus verwirklichen. Bei uns im Stadtparlament besteht eine sozialdemokratische Mehrheit. Den 12 bürgerlichen Stadtverordneten stehen 18 sozialdemokratische gegenüber. Von einer „Sozialreform“ ist jedoch keine Rede. Sie können im Gegenteil nicht von ihrem Sozialparteilichem lassen. Mit Genehmigung der Stadtverordneten gibt die Stadtverwaltung Holzgeld heraus, auf denen man Friedrich den Großen verherrlicht. Diese Scheine gehen in die Welt hinaus und geben Kunde davon, daß das Städtchen Striegau eine monarchistische Stadtverwaltung hat und daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten nichts gegen diesen Mißbrauch einzuwenden haben, daß sie im Gegenteil ihre Zustimmung geben und nicht merken, wie sie selbst die monarchistische Agitation unterstützen.

Landeshut. Simeas in die Öffentlichkeit! Landeshut gebet bekanntlich laut Befehl nach Ortschaft B. und erhalten auch die Beamten ihre Gehälter dementsprechend. Nicht so ist es mit der Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung. (Gegenwärtig sind etwa 70 Banarbeiter erwerbslos.) Eine Verfügung der Regierung vom 28. Dezember 1921 bestimmt, daß die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung in der Stadt Landeshut nach der alten Ortschafteneinteilung (Klasse E) zu erfolgen hat. Eine andere Verfügung verbietet dem Arbeitnachweis, Banarbeiter in feste Stellen zu vermitteln. So, die Proleten des Bauhandwerks, erzielt man auch während der Arbeitslosigkeit im Winter die gesetzliche Erwerbslosenunterstützung und gleichzeitig die Möglichkeit, anderwärts einen Brötchenwerb zu finden. Dank des Zusammenflusses der Erwerbslosen und der Mehrheit der Arbeiter im Stadtparlament ist es gelungen, daß die Erwerbslosenunterstützung von nun an nach Klasse B. und eine sich wiederholende Bewilligung von drei zu drei Wochen in Höhe von 100 Mark für den Erwerbslosen und 50 Mark für jedes unterstützungsberechtigte Familienmitglied von der Stadt zur Auszahlung gelangt.

Die Werbewoche brachte uns in Landeshut 40 Beter für die „Schlesische Arbeiterzeitung“. Des ist aber die Arbeit von nur 8 Genossen. Das ist ein Beweis dafür, daß es nur am guten Willen fehlt. Die Zeit ist für uns äußerst günstig und da darf kein Genosse abseits stehen. Unsere Parteizettelung ist der Bionier für unsere Idee, deshalb Sorge jeder nach seinen Kräften für ihre Verbreitung. Agitationsmaterial ist erhältlich bei Genossen M. Brückner. Wer weiter, Genossen! Leitung. Für Januar rechnen ab: Fellhammer (B.), Gottesberg, Müllereben und Striegau. Für Februar: Peterswaldau. Expedition der „Schles. Arb.-Ztg.“ Müllereben.

Eingekandt.

Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion nur die pressegesetzliche Verantwortung. Warum die Preissteigerungen? Die Behauptung, die Entente ist schuld an der Verteuerung des Brotgetreides ist lächerlich. Nicht die Entente, sondern die preussisch-deutsche Regierung und der von ihr beschlossene Kapitalismus tragen die Schuld daran. Die Quellen, aus denen trotz den Bestimmungen des Versailleser Friedensvertrages die Mittel zur oberirdischen Abnutzung fließen, müssen dem Proletariat auch billiges Brotgetreide geben. Oder ist es erforderlich, deutlicher zu werden? Verantwortl. Redakt.: Erich Gensch; Inserate: Max J. Schöcherl; Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e.G.m.b.H. Druck: P. Pfeil & Danigel, sämtlich in Breslau.

Genossen! Werbt neue Abonnenten!

Schauspielhaus
Dienstag 7 1/2 Uhr:
Die Grottenjungferin
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Die Nacht der Dämonen

Liebig-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das große
Februar-Programm

Zeltgarten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das glänzende
Variété-Programm

Salt!
Beliebt ist meine
Wasser-Wasser
Wasser
am Montag?

Almetalle
Ziele für alle
Almetalle
München, Berlin, Köln, Leipzig, etc.

Genossen! kauft nur in den Geschäften, die in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ inserieren

BIBLIOTHEK DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

Nr. 23
Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale
(Moskau 22. Juni bis 12. Juli 1921)
196 Seiten / Mit einem Sach- und Namensregister
Preis hessisch Mk. 90.-, geb. Mk. 115.-
Organisationsangelegenheiten hessisch Mk. 30.-, geb. Mk. 35.-

Nr. 22
Protokoll des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale
(Petersburg 23. Juli / Moskau 23. Juli bis 7. August 1920)
238 Seiten / Alphabetisches Verzeichnis der Redner
Preis hessisch Mk. 60.-, geb. Mk. 80.-
Organisationsangelegenheiten hessisch Mk. 22.50, geb. Mk. 28.-
(Für die 2. Januar 1921 gilt das Preisverzeichnis der Ausgabe)

Zu beziehen durch
Verlag Carl Hoyrn Nachf. in Hamburg
23, Beckenhofenstraße und Am Altenwall 10/11

Wöbel liefert überall hin
Gen. Wenzel, Tischlermeister
Lohnwasser, Kreis Waldenburg.

Bekanntmachung
betreffend die Beschäftigung Schwerbeschädigter nach dem Gesetz vom 6. April 1920.
Jeder private Arbeitgeber, der 20 und mehr Arbeitnehmer — ohne Unterschied des Geschlechts und gleichgültig, ob in oder außer dem Hause beschäftigt — ist verpflichtet, mindestens einen Schwerbeschädigten zu beschäftigen.
Nach § 9 des Gesetzes fordern wir alle privaten Arbeitgeber in Breslau-Stadt, die mehr als 15 Arbeitnehmer beschäftigen, letztmalig auf, mit bis zum 28. Februar 1922 auf den vorgeschriebenen Fragebogen Auskunft über die Zahl der bei ihnen angestellten Arbeitnehmer zu geben. Ausgenommen von dieser Aufforderung sind diejenigen Arbeitgeber, die seit dem 1. Mai 1921 einen solchen Fragebogen ausgefüllt haben.
Die Fragebogen werden bis zum 1. März 1922 um 9—1 Uhr in der Fürsorgestelle, Zimmer 13 abgegeben.
Nach § 14 des Gesetzes kann ein privater Arbeitgeber, der vollständig oder in großer Teilzahl gegen die Vorschriften des Gesetzes verstößt — dazu gehört auch die Nichtbefolgung dieser Aufforderung — für jeden einzelnen Fall des Verstoßes mit einer Geldbuße bis zu 10000 RM bestraft werden.
Gegen Arbeitgeber, die bis zum 28. Februar 1922 ihrer gesetzlichen Verpflichtung genügen, wird von wegen der bisher verhängten Geldbußen Schwerbeschädigter keine Geldbuße beantragt werden. Nach diesem Zeitpunkt werden wir die Strafverfolgungen des Gesetzes unmissverständlich ansetzen.

Fürsorgestelle für Kriegbeschädigte der Stadt Breslau.
23, Cohn, Stadthaus.

K = P = D
Kommunistische Partei Deutschlands

Veranstaltungen:
Unterbezirk Breslau: Mittwoch, 22. Februar, 8 Uhr, im Stadtparlament, Vortrag: Die Lage der Arbeiterbewegung in Deutschland.
Unterbezirk Waldenburg: Mittwoch, 22. Februar, 8 Uhr, im Stadtparlament, Vortrag: Die Lage der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Die russischen Gewerkschaften in der Uebergangszeit.

Die Vollversammlung des Zentral-Komitees der Kommunistischen Partei Russlands Ende Dezember 1921 besprach die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften im Zusammenhang mit der neuen Wirtschaftspolitik.

1. Die neue Wirtschaftspolitik und ihre Aufgaben.

Die neue Wirtschaftspolitik brachte eine Reihe wesentlicher Änderungen in der Lage des Proletariats und folglich auch der Gewerkschaften. Der überwiegend größte Teil der Produktionsmittel auf dem Gebiete der Industrie und des Verkehrswesens verblieb in den Händen des proletarischen Staates.

Die Veränderung der Formen des sozialistischen Aufbaus ist durch den Umstand hervorgerufen, daß in der ganzen Politik des Ueberganges vom Kapitalismus zum Sozialismus die Kommunistische Partei und die Sowjetmacht einen Rückschlag durch den Kapitalismus überzugehen. Im besonderen sind jetzt Freiheit und Kapital unter staatlicher Regulierung zugelassen und in Entwicklung begriffen, andererseits werden die sozialistischen Unternehmungen auf die Grundlage der sogenannten wirtschaftlichen Berechnung übergeführt.

2. Der Staatskapitalismus im proletarischen Staat und die Gewerkschaften.

Soll der proletarische Staat sein Wesen nicht ändern, so kann er den freien Handel und die Entwicklung des Kapitalismus nur bis zu einem gewissen Grade und nur bei staatlicher Regulierung (Überwachung, Kontrolle, Bestimmung der Formen usw.) des privaten Handels und des privatwirtschaftlichen Kapitalismus zulassen. Der Erfolg einer solchen Regulierung hängt nicht nur von der Staatsmacht ab, sondern noch mehr von dem Reifegrade des Proletariats und der wertaktiven Massen im allgemeinen.

3. Die auf die sogenannte wirtschaftliche Berechnung übergeführten staatlichen Unternehmungen und die Gewerkschaften.

Die Überführung der staatlichen Unternehmungen auf die Grundlage der sogenannten wirtschaftlichen Berechnung ist unumgänglich und unzertrennlich mit der neuen Wirtschaftspolitik verbunden. In der nächsten Zukunft wird dieser Typus unermesslich der vorherrschende, wenn nicht ausschließliche sein.

Dieser Umstand, zusammen mit der gebieterischen Notwendigkeit einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der Verwirklichung der bezichtigten und profitbringenden Arbeit der staatlichen Unternehmungen führt unentrinnbar zu gewissen Gegenständen zwischen den Arbeitermassen und den Leitern der staatlichen Unternehmungen in den Fragen der Arbeitsbedingungen.

4. Der wesentliche Unterschied zwischen dem Klassenkampf des Proletariats in einem Staate, der das Privateigentum an Boden- und Produktionsmitteln anerkennt, in dem die politische Macht der Kapitalistenklasse angeht und zwischen dem wirtschaftlichen Kampfe des Proletariats in einem Staate, der das Privateigentum an Grund und Boden und der Mehrheit der großen Unternehmungen nicht anerkennt, wo sich die politische Macht in den Händen des Proletariats befindet.

Solange es Klassen gibt, gibt es unentrinnbar auch den Klassenkampf. In der Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus ist die Existenz der Massen unumgänglich, und das Programm der R.P.D. spricht mit voller Wichtigkeit davon, daß wir nur die ersten Schritte des Ueberganges vom Kapitalismus zum Sozialismus tun. Darum müssen die Kommunistische Partei, die Sowjetmacht und die Gewerkschaften die Existenz des wirtschaftlichen Kampfes und seine unentrinnbare Offenbarungen anerkennen, solange wenigstens in großen Zügen die Elektrifizierung der Industrie und der Landwirtschaft nicht durchgeführt und dadurch die Wurzeln der Kleinwirtschaft und der Herrschaft des Marktes nicht untergraben sind.

Darum ist bei allen Reibungen und Konflikten einzelner Gruppen der Arbeiterklasse mit einzelnen Institutionen und Organen des Arbeiterstaates die Aufgabe der Gewerkschaften immer zur möglichst schnellen und schmerzlosen Schlichtung der Konflikte mit möglichst großen Vorteilen für die betreffenden Arbeitergruppen beizutragen, insofern diese Vorteile nicht die Interessen anderer Arbeitergruppen schädigen oder für die Entwicklung des Arbeiterstaates und seiner Wirtschaft im ganzen nachteilig sind, da nur die Entwicklung dieser eine feste Grundlage für die materielle und geistige Wohlfahrt der Arbeiterklasse schaffen kann.

In solchen Fällen, in denen das unrichtige Vorgehen wirtschaftlicher Organe, die Rückständigkeit gewisser Arbeitergruppen und die Provokationsarbeit gegenrevolutionärer Ele-

mente, oder endlich ein Mangel an Umsicht seitens der gewerkschaftlichen Organisationen selbst zu offenen Konflikten in der Form von Ausständen in den staatlichen Unternehmungen geführt haben, ist es die Aufgabe der Gewerkschaften, die rasche Abklärung der Konflikte durch Maßnahmen herbeizuführen, die aus dem Charakter der gewerkschaftlichen Arbeit hervorgehen: durch Befestigung der tatsächlich bestehenden Unregelmäßigkeiten, durch die Befriedigung der rechtmäßigen und durchführbaren Forderungen der Massen und durch politische Einwirkung auf sie.

Vielleicht der wichtigste und unentbehrliche Maßstab zur Beurteilung der Wichtigkeit und Fortschrittlichkeit der gewerkschaftlichen Arbeit ist der Grad ihrer Erfolge bei der Vorbeugung von Massenkonflikten bei den staatlichen Unternehmungen durch eine Präventivpolitik, die auf eine tatsächliche und allseitige Wahrung der Interessen der Arbeitermassen und auf die rechtzeitige Befestigung aller Anlässe zu Konflikten gerichtet ist.

5. Rückkehr zur freiwilligen Mitgliedschaft in den Gewerkschaften.

Die automatische Einreihung aller Lohnarbeit verrichtender Personen als Mitglieder der Gewerkschaften brachte einen gewissen Grad bürokratischer Entartung in die Gewerkschaften und verursachte eine gewisse Abkühlung der letzteren von den drei Massen der Mitglieder. Darum ist es unumgänglich notwendig, mit aller Entschiedenheit die freiwillige Mitgliedschaft, sowohl beim Individuellen, wie beim Kollektiven, Eintritt in die Gewerkschaften zu verwirklichen. Von den Mitgliedern der Gewerkschaften dürfen auf keine Weise gewisse politische Ansichten gefordert werden. In diesem Sinne, sowie in der Frage der religiösen Beziehungen müssen die Gewerkschaften parteilos sein. Von den Mitgliedern der Gewerkschaften darf im proletarischen Staate ausschließlich das Verständnis für kameradschaftliche Disziplin, für die Notwendigkeit der Vereinigung der Kräfte zur Verteidigung der Interessen der Wertaktiven und der Hilfeleistung für die Macht der Wertaktiven, der Sowjetmacht, gefordert werden. Der proletarische Staat muß seinerseits die gewerkschaftliche Vereinigung der Arbeiter sowohl im rechtlichen wie im materiellen Sinne fördern. Es dürfen aber keinerlei Rechte ohne Verpflichtungen in den Gewerkschaften existieren.

6. Die Gewerkschaften und die Leitung der Unternehmungen.

Nach der Eroberung der Staatsmacht ist die Vergrößerung der produzierten Warenmengen, die Erhöhung der Produktivität der Gesellschaft die wichtigste und weitestgehende Aufgabe des Proletariats. Diese Aufgabe, die im Programm der R.P.D. klar dargelegt ist, wird durch die Zerstörung, durch den Hunger und die allgemeine Desorganisation der Nachkriegsperiode besonders hervorgerufen. Darum ist die schnellste und nach Möglichkeit durchgehende Wiederaufrichtung der Großindustrie die grundlegende Vorbedingung, ohne die die Bekämpfung vom kapitalistischen Joch, der Sieg des Sozialismus unbenutzbar ist. Diese Wiederaufrichtung fordert aber unter den jetzigen russischen Verhältnissen eine unbedingte Konzentrierung der Macht in den Händen der Fabrikleitungen. Diese Fabrikleitungen, die den allgemeinen Regeln nach auf dem Prinzip der individuellen Verantwortung aufgestellt sind, müssen selbständig den Rhythmus der Arbeitslöhne und die Verteilung der Geldwertzeichen, Nationen, Arbeitsleistung und jeder anderen Art der Verforgung auf Grund und in den Grenzen der mit den Gewerkschaften geschlossenen Kollektivverträge bestimmen können. Dabei muß der Leitung die möglichst größte Bewegungsfreiheit gelassen werden und die tatsächlichen Erfolge in der Erhöhung der Produktivität und in der bezüglichen und gewinnbringenden Arbeit genau nachgeprüft und die hervorragenden und jawersständigsten Administratoren sorgfältig ausgewählt werden. Alle unmittelbaren Einmischungen der Gewerkschaften in die Führung der Unternehmungen müssen unter diesen Umständen als unbedingt schädlich und unzulässig betrachtet werden.

Es wäre ganz falsch, diese unbestreitbare Wahrheit so auszulagern, daß die Beteiligung der Gewerkschaften in der sozialistischen Organisation der Industrie und in der Leitung der staatlichen Industrie geeignet werden soll. Im Gegenteil, eine solche Beteiligung in genau umschriebenen Formen ist unentbehrlich.

Wohltätigkeit.

Aus „Das rote Zimmer“ von August Strindberg.

„Dies Haus sieht gut aus.“

„Sieht es gut aus?“ fragte die ältere Dame. „Ich finde, es sieht schrecklich aus.“

Es war ein altes, einstöckiges Haus aus Holz, das auf einen Bergfelsen hinaufgeklüfft war und nur so aussah, als habe es Hüftweh; es war scheckig, als habe es Ausfall gehabt; es sollte nämlich einmal angestrichen werden, es war aber beim Spachteln geblieben; es sah in jeder Beziehung erbärmlich aus, und man konnte kaum an das Schild der Feuerversicherung glauben, das an der Wand rosete und verhieß, daß ein Phönix aus der Flamme emporsteigen werde.

„Ich meine, es sieht für unseren Zweck gut aus. Wissen Sie vielleicht, Kutscher, ob in diesem Hause Arme wohnen?“

„Wissen tue ich's nicht, aber ich glaube, man kann darauf schwören.“

„Schwören ist Sünde, also lassen Sie's! Warten Sie jetzt hier auf uns, während wir hinaufgehen und unseren Dienst verrichten.“

„Hör mal, Eugenie, wollen wir nicht erst hier unten mit den Kindern sprechen?“ sagte Frau Homan zur Frau Falk und blieb stehen.

„Ja, das können wir tun. Komm her, mein lieber Junge, wie heißt du?“

„Albert,“ antwortete ein kleiner blauer Sechsjähriger. „Kennst du Jesus, mein Junge?“

„Nein!“ antwortete der Kleine lachend und steckte den Finger in den Mund.

„Das ist ja fürchterlich!“ sagte Frau Falk und griff zu ihrem Notizbuch. „Ich schreibe: Katharina-Gemeinde, Weiße Berge. Diese geistige Finsternis bei den Kinderjährigen. — Kann man Finsternis sagen? — Willst du denn Jesus nicht kennen lernen?“ fragte sie den Jungen weiter.

„Nein!“

„Willst du denn ein Geldstück haben, mein Junge?“

„Ja!“

„Ich bitte, mußt du sagen!“ — Im höchsten Grade verwirrt; es gelang mir jedoch, sie durch Rülde zu einem besseren Betragen zu erziehen.“

„Ist das ein fürchterlicher Versuch! Laß uns weitergehen, Eugenie,“ bat Frau Homan.

Sie gingen die Treppe hinauf und traten in ein großes Zimmer ein, ohne anzuklopfen. Es war durch Krebestränge

in drei Kreise geteilt; in je einem trieb ein Tischler und ein Schuhmacher sein Handwerk; der dritte Kreis war schieflich für das Familienleben bestimmt.

Der Tischler nahm den Hobel und hobelte auf ein ästiges Brett los, so daß die Damen schreien mußten, um gehört zu werden.

„Dürstet hier jemand nach Erlösung und Gnade?“ schrie Frau Homan, während Frau Falk den Zerstäuber mit köstlichem Wasser über die Kinder blies, die vor Beunten in den Augen zu weinen anfingen.

„Bieten Sie Erlösung an, meine Damen?“ fragte der Tischler, der seine Arbeit unterbrach. „Wo haben Sie die her?“

„Vielleicht gibt es auch Wohltätigkeit und Demut und Hochmut?“

„Sie sind ein roher Mensch und werden einmal verdammt sein,“ antwortete Frau Homan.

Frau Falk schrieb in ihr Notizbuch und sagte: „Der ist gut.“

„Sprechen Sie,“ sagte Frau Homan.

„Das kennen wir! Vielleicht wollen Sie über Religion mit mir sprechen, meine Damen? Ich kann über alles sprechen. Wissen Sie, meine Damen, daß anno 829 ein Konzil in Nicaea war, wo der heilige Geist in die schmalkaldischen Artikel aufgenommen wurde?“

„Nein, das wissen wir nicht, mein guter Mann.“

„Warum ne-ust du mich gut? Niemand ist gut als Gott allein, sagt die Schrift. — Sie kennen also das Konzil in Nicaea von 829 nicht, meine Damen? Wie will man denn andere was lehren, wenn man selbst nichts weiß?“

„Ja, und wenn jetzt die Wohltätigkeit losgehen soll, so halten Sie sich dran, während ich den Rücken fehr, denn die wahre Wohltätigkeit geschieht im geheimen. Lieben Sie die nur immer an den Kindern, die können sich nicht verteidigen; lassen Sie uns aber in Frieden. Gebt uns Arbeit, wenn ihr wollt, und lernt die Arbeit bezahlen, dann braucht ihr nicht so herumzulassen! — Eine Priese, Schuster!“

„Kann man schreiben: Großer Unglaube, ganz verdämmt,“ fragte Frau Falk.

„Verstodt ist besser, liebe Eveline.“

„Was schreiben Sie auf, meine Damen? Sind es unsere Sünden? Dann ist das Buch sicher zu klein.“

„Die Frucht der sogenannten Arbeitervereine.“

„Sehr gut,“ sagte Frau Homan.

„Haltet euch vor dem Arbeiterverein,“ sagte der Tischler.

Hundert von Jahren ist man gegen die Könige losgegangen, jetzt aber haben wir entdeckt, daß es nicht ihre Schuld ist; das nächste Mal zieht man über alle Köpfe hinweg los, und

die von fremder Arbeit leben; dann werden wir was erleben!“

„Still, still!“ sagte der Schuster.

„Böhnen hier noch mehr Leute, die erlösungsbefürchtig sind.“

„Nein,“ sagte der Tischler, „Erlösung brauche sie nicht, aber Speise und Kleider, oder am liebsten Arbeit, viel Arbeit und gutbezahlte Arbeit. Aber es ist am besten, die Damen gehen nicht hinein, denn der eine hat die Bocken.“

„Die Bocken!“ schrie Frau Homan; „und man hat uns kein Wort davon gesagt! Komm, Eugenie, wir wollen die Polizei herfordern! Pui, was sind das für Menschen!“

„Aber die Kinder! Wem gehören diese Kinder? Antwort!“ schrie Frau Falk und drohte mit dem Weisfist.

„Mir, gute Frau,“ sagte die Mutter.

„Aber der Mann! Wo ist der Mann?“

„Der läßt sich nicht mehr blicken,“ sagte der Tischler. „Dann werden wir die Polizei nach ihm schicken. Und wir lassen ihn ins Arbeitshaus stecken. Hier soll's anders werden. — Das ist ja wirklich ein gutes Haus, wie ich sagte, Eveline.“

„Wollen sich die Damen nicht setzen?“ fragte der Tischler. „Es plaudert sich besser, wenn man sitzt; wir haben nur keine Stühle, aber das tut nichts; wir haben auch keine Betten, die hat teils die Weisfeuer zur Gasbeleuchtung verschlungen — damit ihr nämlich nichts vom Theater nicht im Dunkeln nach Hause zu gehen braucht; wir haben kein Gas, wie ihr seht — teils die Wasserleitung — damit eure Mägel keine Treppen zu steigen brauchen, wir haben keine Wasserleitung — teils die Zubehöre zum Krankenhause — damit eure Söhne nicht zu Hause liegen müssen.“

„Komm Eugenie, um Gotteswillen, das wird ja unentraglich.“

Ein kleines Versehen.

Eine Skizze aus dem Leben. Von Eugen Levine. Groß und stolz ragt das Kriegsgerichtsgebäude, zahllos die Gerichtszimmer zu beiden Seiten der Korridore. Das bekannteste ist das Zimmer, wo die politischen Prozesse verhandelt werden. Sommer drängt dort vor der Eingangs-türe die Menge, um wenigstens ein Stückchen des Bildes zu erblicken, wenn der graubärtige Gerichtsdienner für einen Augenblick die Tür öffnet. Sommer bestaunt was ihn mit Werten, nur noch einen wenigstens hinauszulassen, und immer schüttelt der Alte den Kopf. „Aber die Versammlung ist heute doch öffentlich.“ — „Ich darf nur gegen Vorwissen des Einlassbüros den Zutritt erlangen.“ — Einem Mann...

